

— Die —
Volkspartei

Europa.

Aber besser.

EU-Wahlprogramm

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
Für mehr Sicherheit	6
Ein Europa, das schützt	7
Ein Europa, das Terror bekämpft	10
Ein starkes Europa in der Welt	12
Ein Europa, das Fake News aufdeckt und Desinformation bekämpft	14
Ein Europa, das Freiheit verteidigt	15
Ein Europa, das jüdisches Leben schützt	17
Ein Europa, das durch Erweiterung Stabilität sicherstellt	18
Für mehr Wirtschaftskraft	19
Ein Europa, das zukunftsfit ist	20
Ein Europa, in dem weniger Regulierung mehr möglich macht	22
Ein Europa, das weltweit wettbewerbsfähig ist	24
Ein Europa, das über krisensichere Energie verfügt	26
Ein Europa, das unabhängig und resilient ist	28
Ein Europa, das faire Handelsabkommen schließt	29
Ein Europa, das besser wirtschaftet	31
Ein Europa, das seine Mobilität umweltgerecht gestaltet	32
Für einen starken ländlichen Raum und eine erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft	34
Ein Europa, das eine sichere Lebensmittelversorgung gewährleistet	35
Ein Europa, das unsere Landwirtschaft stärkt	36
Für zukunftsreiche Forschung und Innovation	38
Ein Europa, das Forschung fördert	39
Ein Europa, das fit ist und gesund macht	41
Ein Europa, das digital erfolgreich ist	43
Für Klimaschutz mit Hausverstand	45
Ein Europa, das nachhaltig und erfolgreich ist	46
Ein Europa, das offen für Zukunft ist	47
Für unser europäisches Lebensmodell, das unsere Werte verteidigt	48
Ein Europa für die Demokratie	49
Ein Europa, das den Rechtsstaat schützt	50
Ein Europa, das Frauen vor Gewalt schützt	51
Ein Europa, das Familien stärkt und Kinder schützt	52
Für spürbare Bürgernähe	53
Ein Europa, das Subsidiarität lebt	54
Ein Europa, das für alle Generationen da ist	55
Ein Europa, das die Regionen stärkt	56

Präambel




Karl Nehammer
Bundeskanzler und
Bundesparteiobmann


Reinhold Lopatka
EU-Spitzenkandidat und
Abgeordneter zum Nationalrat

Österreich ist seit 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union – und damit Teil des größten und bedeutendsten Friedensprojekts unserer Zeit. Die Abstimmung zum Beitritt Österreichs fand vor genau 30 Jahren statt. Damals sprachen sich zwei Drittel der Bevölkerung für einen EU-Beitritt aus. Das bedeutet, dass 1994 zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher von den Vorteilen einer EU-Mitgliedschaft überzeugt waren. Um diese hohe Zustimmung weiterhin zu sichern, ist es wichtig, gemeinsam an Strukturen und Arbeitsweisen der EU zu arbeiten, sie weiterzuentwickeln und Reformschritte zu setzen, wo sie notwendig sind. Die Volkspartei hat als Europapartei den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union immer forciert und unter maßgeblicher Führung von Außenminister Alois Mock erfolgreich vollzogen. **Österreichs EU-Mitgliedschaft war und ist eine Erfolgsgeschichte für Sicherheit, Wirtschaft, Wohlstand und Stabilität in unserem Land.**

Deshalb ist für uns heute klarer denn je: Ein Austritt Österreichs aus der Europäischen

Union [ÖXIT] kommt für die Volkspartei nicht in Frage. Ein ÖXIT würde einen immensen Wohlstandsverlust und den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze nach sich ziehen. Die EU ist wesentliche Grundlage für Frieden und Wohlstand in Österreich. Wer sich für einen Austritt Österreichs aus der Union ausspricht, setzt damit leichtfertig die Sicherheit und den Wohlstand der Österreicherinnen und Österreicher aufs Spiel.

Die Ziele der europäischen Integration, durch enge wirtschaftliche Zusammenarbeit gemeinsam Wohlstand sowie Frieden und Stabilität zu sichern, sind heute aktueller denn je. Die Erreichung dieser Ziele erfordert für die Zukunft neue Wege und Bemühungen. **Europa muss im immer härteren globalen Wettbewerb ein starker, erfolgreicher Player sein, um unseren Wohlstand nachhaltig abzusichern.** Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass **Sicherheit und Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit** sind. Unser **europäisches Lebensmodell der Freiheit, Demokratie und des Rechtsstaats gerät weltweit immer mehr unter Druck.** Das **erfordert eine klare Positionierung Europas und eine Verteidigung seiner gemeinsamen Werte.**

Richtig auf all diese Veränderungen zu reagieren, heißt vor allem, sich **auf die europäischen Stärken zu besinnen.** Kein Mitgliedstaat in der EU kann die anstehenden Herausforderungen alleine bewältigen. Gelebte europäische Gemeinschaft ist unsere größte Stärke. **Europa muss seine Interessen in den Vordergrund stellen, ohne Protektionismus und Abschottung.**

Die Europakompetenz der Volkspartei ist ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung der Europäischen Union.

- 1.** Wir wollen ein Europa, das ein **starker Wirtschafts- und Industriestandort** ist, resilient gegenüber internationalen Krisen, offen für Chancen und die Innovationskraft unserer Unternehmen, speziell auch unserer KMU, und das auf Augenhöhe mit Amerika und Asien agiert.
- 2.** Wir wollen ein Europa, das auf die **großen Fragen unserer Zeit, wie Wirtschaftskraft und Sicherheit, eine Antwort liefert und nicht überreguliert oder komplizierte bürokratische Hindernisse aufbaut**. Alle Herausforderungen, die besser in den Mitgliedstaaten gelöst werden können, sei es auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene, **sollen im Sinne der Subsidiarität auch in der nationalen Verantwortung bleiben**. Die EU braucht dabei ein Österreich, das klar und deutlich aufzeigt, wo und wie Europa besser werden muss.
- 3.** Wir wollen ein Europa, das **Forschung, Entwicklung und Innovation auf Spitzenniveau** fördert und Digitalisierung vorantreibt, damit wir **technologisch und wissenschaftlich zur Weltspitze gehören** und in jeder Hinsicht fit für die Zukunft sind.
- 4.** Wir wollen ein Europa, das unsere Sicherheit besser gewährleistet, indem es die **Außengrenzen schützt, illegale Migration und Schlepperei bekämpft**, eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik umsetzt und den **Kampf gegen den Terrorismus und Extremismus** fortsetzt.
- 5.** Wir wollen ein Europa, in dem unser **europäisches Lebensmodell frei und selbstbewusst gelebt wird** und das unsere **gemeinsamen Grundwerte aktiv verteidigt**.
- 6.** Wir wollen ein Europa, das **Klimaschutz mit Hausverstand** betreibt und daher auf die Innovationskraft unserer Wirtschaft, Anreize und auf Technologieoffenheit anstatt auf Verbote setzt.
- 7.** Wir wollen ein Europa, das unsere **Land- und Forstwirtschaft sowie unsere ländlichen Räume stärkt**, die sichere und **qualitative Lebensmittelversorgung** der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet und nachhaltig die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft sicherstellt.

8. Wir wollen ein Europa, das **sorgsam mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger umgeht** und verantwortungsbewusst, auch im Sinne der nachfolgenden Generationen, wirtschaftet – **ohne neue Schulden, dafür effizient und effektiv.**

9. Wir wollen ein **bürgernahes Europa**, das Maß an den Menschen und unseren Regionen nimmt und für alle Generationen da ist.

Alle Krisen und Herausforderungen, denen die Europäische Union heute gegenübersteht, sind zugleich auch große Chancen für notwendige Veränderungen und Weiterentwicklung. Wir wollen durch Reformen, die nicht nur verändern, sondern vor allem verbessern, unser gemeinsames Europa als Ort von Freiheit und Sicherheit, Stabilität und Lebensqualität sowie Innovation

und Wohlstand für uns und für kommende Generationen erhalten und weiterentwickeln. **Ein Europa, das sich auf die großen Themen der Zukunft fokussiert und sich nicht in Regulierungsdetails verliert, kann mehr für uns alle bewegen.** Dafür arbeiten wir als Volkspartei mit aller Kraft und unserer Kompetenz. **So machen wir Europa gemeinsam besser für uns alle.**

Für mehr Sicherheit

Unser Lebensmodell in **Europa ist heute durch vielfältige Gefahren bedroht** – von der **Schlepperkriminalität** und **illegalen Zuwanderung** bis zu **internationalen Konflikten, Terrorismus und Antisemitismus**. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, dass Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist unverzichtbar, um Stabilität zu exportieren anstatt Instabilität zu importieren.

Als Raum des Friedens und der Sicherheit muss die Europäische Union auch ihre Außengrenzen effektiv schützen können. Illegale Migration ist mittlerweile auch als hybride Bedrohung anzusehen, die von anderen Mächten gezielt eingesetzt wird, um Europa durch gelenkte illegale Migrationsströme zu destabilisieren. Um illegale Migration einzudämmen, braucht es daher die dafür notwendigen Mittel und Infrastrukturen. **Wir**

müssen bestimmen, wer zu uns kommt – und nicht die organisierte Kriminalität. Denn klar ist: Die Entwicklungen des Jahres 2015 dürfen sich auf keinen Fall wiederholen. Es war Österreich, das mit seiner starken Stimme die EU dazu gebracht hat, sich dem Problem der illegalen Migration zu stellen. Nur aufgrund des Drucks Österreichs konnten auch bereits zahlreiche wichtige Maßnahmen gegen illegale Migration auf europäischer Ebene umgesetzt werden – zuletzt beispielsweise mit einer Erhöhung der finanziellen Mittel zum Schutz der EU-Außengrenzen und für Partnerschaften mit sicheren Drittländern.

Europa muss mehr für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger tun – in Europa, an den europäischen Außengrenzen und in der Welt. Denn nur ein sicheres Europa ist ein Europa, das den Menschen Lebensqualität, Identität und eine gute Zukunft bieten kann.

Ein Europa, das schützt

Ein sicheres Europa braucht robuste Außengrenzen. Denn nur, wenn die Grenzen nach außen vollumfänglich geschützt sind, können auch alle Grenzen innerhalb der EU wieder geöffnet werden. Das Schengensystem – in seinem derzeitigen Zustand – ist gescheitert. Der Zustrom illegaler Migranten muss bereits an den Außengrenzen gestoppt werden. Es braucht konsequente Abschiebungen und starke internationale Kooperationen im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Schlepperei. Darüber hinaus muss die Hilfe vor Ort massiv ausgebaut werden, um Fluchtbewegungen bereits frühzeitig einzudämmen oder ganz im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention vor Ort in den nächstgelegenen sicheren Nachbarstaaten zu bewältigen. Der Kampf gegen illegale Migration und Schlepperei braucht permanente Priorität auf der EU-Agenda.

Das Ziel unserer Asylpolitik ist, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten durchzuführen. Nur so können wir verhindern, dass sich Menschen überhaupt auf den gefährlichen Weg nach Europa machen und die Schlepper mit dem Leid dieser Menschen Geschäfte machen. Zudem braucht es die kontinuierliche Steigerung des Budgets, des Personals und der Kompetenzen der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX.

Der in den letzten Jahren von Österreich gemeinsam mit verbündeten Partnerländern eingeleitete Paradigmenwechsel in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik muss jetzt entschieden vorangetrieben werden. Generell gilt: Wer in Europa leben will, muss sich an europäische und demokratische Werte anpassen.

Europa. Aber besser:

- Europaweiter **Kampf gegen die illegale Migration**
 - o Dafür sollen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Es braucht einen umfassenden Ansatz: Einerseits ist Migrationspolitik auch Kommunikationspolitik – dementsprechend sollte grundsätzlich verhindert werden, die falschen politischen Signale an Schlepper zu senden. Andererseits sollten alle operativen Maßnahmen getroffen werden, die illegale Migration verhindern können. Zum Beispiel durch **mehr Personal und Infrastruktur für den Schutz der Außengrenze** - sowie **grenzüberschreitende Polizeikooperation**, um die Schleppernetzwerke effektiv zu zerschlagen.

- **Asylverfahren und Abschiebungen in sicheren Drittstaaten**
 - Langfristig wird es nur gelingen, den illegalen Migrationsdruck auf die EU nachhaltig zu reduzieren, wenn **Partnerschaften mit sicheren Drittstaaten ausgebaut** und die **Durchführung von Asylverfahren in sicheren Drittstaaten auch ohne Verbindungskriterium ermöglicht werden**.
 - **Illegal Aufhältige, die trotz negativer Asylentscheidung nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden können, sollen künftig in sichere Drittstaaten rückgeführt werden.** Dies gilt insbesondere für straffällig gewordene Asylwerber.
 - Grundsätzlich sollen alle Herkunftsländer regelmäßig evaluiert werden, um etwaige neue innerstaatliche Fluchtalternativen rasch zu erkennen und damit neue Möglichkeiten für Rückführungen zu etablieren.
- **Strengere Regelungen beim Familiennachzug**
 - Änderung der Familienzusammenführungsrichtlinie auf europäischer Ebene mit dem Ziel, **Missbrauch zu verhindern und unsere Sozialsysteme zu schützen**
 - Dazu müssen jene Personen, die sich in Österreich aufhalten und asylberechtigt sind, bei der Antragstellung auf Familienzusammenführung bereits in der Lage sein, finanziell für sich und ihre Familie zu sorgen.
 - Aktuell muss der Antragsteller bzw. die Antragstellerin innerhalb der ersten drei Monate keinen Nachweis auf ausreichend Wohnraum, Krankenversicherung und von festen und regelmäßigen Einkünften erbringen. Diese Frist soll künftig gestrichen werden und der Nachweis bereits bei Antragstellung vorhanden sein.
- Europäische **Rückübernahmeabkommen und Entwicklungszusammenarbeit**
 - Um die Asylbremse effektiv anzuziehen, braucht es umfangreiche EU-Rückübernahmeabkommen.
 - Um sicherzustellen, dass abgelehnte Asylwerberinnen und Asylwerber auch zurückgenommen werden, soll die Europäische Union stärker auftreten. Die **Auszahlung der EU-Gelder für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) soll daher auch nur bei ausreichender Kooperation zur Reduzierung der Migration erfolgen**. Darüber hinaus soll die Ausweitung des Visa-Hebels stärkere Handhabe gegen mangelnde Rückkehrkooperation ermöglichen.
- **Instrumentalisierung von illegaler Migration als hybride Bedrohung bekämpfen**
 - Wenn versucht wird, Europa durch [gezielte] illegale Migrationsströme aus Drittstaaten zu destabilisieren, dann muss die EU auf diese neue Form der Bedrohung reagieren können.
 - Dafür braucht es künftig auch effektive Mittel, wie die Zurückweisung illegaler Migranten an der Außengrenze, um Europa konsequent und effizient vor einer gezielten Destabilisierung schützen zu können.

- Sicherstellung eines **funktionierenden europäischen Außengrenzschutzes**
 - Bereitstellung **umfangreicher EU-Geldmittel für die Finanzierung der Grenzschutzmaßnahmen an der EU-Außengrenze** für die betroffenen EU-Mitgliedsländer. EU-Gelder müssen auch in den **Bau von robuster Infrastruktur, wie etwa Zäune, aber auch Grenz-Überwachungsmaßnahmen**, eingesetzt werden.
 - Rascher **Ausbau des FRONTEX Standing Corps auf 10.000 Personen** und nachhaltige Finanzierung des europäischen Außengrenzschutzes
 - Schaffung einer **Möglichkeit für FRONTEX, nicht nur aus Ländern der EU Rückführungen durchzuführen, sondern auch aus Drittstaaten** wie beispielsweise Bosnien und Herzegowina. Dadurch kann FRONTEX unterstützen, illegale Migration bereits vor den europäischen Grenzen zu stoppen.
- **Überarbeitung der Notfallklausel auf EU-Ebene**
 - Diese kann in Ausnahmesituationen aktiviert werden – beispielsweise bei einem unregelmäßigen Zustrom an Migrantinnen und Migranten. Dadurch entstehen **Handlungsspielräume für die Mitgliedstaaten, um unabhängig von EU-Recht agieren zu können**. Die Notfallklausel muss künftig einfacher aktiviert und damit auch in der Praxis angewendet werden können.

Ein Europa, das Terror bekämpft

Seit dem Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat sich die bereits vorhandene Terrorgefahr in Europa weiter spürbar erhöht. Wir müssen Terror in Europa auf allen Ebenen entschlossen bekämpfen. Terrorismus und radikale sowie extremistische Ideologien enden nicht an Staatsgrenzen. Sie dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben, weder in Österreich, noch in Europa oder auf der Welt. Das betrifft insbesonde-

re den islamistisch motivierten Terror, wie er unter anderem von den Terrororganisationen Islamischer Staat und Hamas verursacht wird, aber auch Terror aus dem rechts- oder links-extremen Bereich. Jene, die für terroristische Aktivitäten verantwortlich sind, müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Unsere Gesellschaft basiert auf den Grundwerten von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Europa. Aber besser:

- **Kampf gegen den links- und rechtsextremen Terror sowie politischen Islam und religiös motivierten Extremismus**
 - o Keine Duldung gewaltbereiter links- und rechtsextremer Gruppierungen oder von Parallelgesellschaften sowie Bekämpfung von islamistischer [Online-]Propaganda
 - o Dafür sollen **keine EU-Fördergelder für Akteure des politischen Islams** oder mit Nähe zu terroristischen Organisationen – weder direkt noch indirekt – ausbezahlt werden.
- Verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit im **Kampf gegen organisierte Kriminalität sowie Extremismus und Terrorismus**
 - o Etablierung einer europaweiten Gefährderdatenbank, um terroristische Straftaten europaweit bestmöglich zu verhindern
- **Europol mit zusätzlichen Befugnissen** im Kampf gegen die organisierte Kriminalität und das Schlepperunwesen weiterentwickeln

- **Lückenschluss bei den digitalen Ermittlungen**
 - Einheitliche europäische Standards bei der Überwachung mobiler Kommunikation in allen Mitgliedstaaten
- Vereinheitlichung und **Anhebung der Strafen für Schlepperkriminalität** in den EU-Mitgliedstaaten
- Sicherstellung von **gemeinsamen Ausbildungsstandards der Sicherheitsbehörden** in ganz Europa
- **Rasche Vereinheitlichung der europäischen Fahndungsregister** und Erleichterung des Datenaustausches der Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste
- Europa als Kontinent der Cybersicherheit etablieren
 - Weiterhin konsequente **Stärkung der europäischen Cyberagentur ENISA** und **Etablierung eines europäischen Kompetenzzentrums zur Cyberabwehr** bei Europol
 - Aufbau von europäischen **Cyber-Security-Eingreiftruppen für übernationale kritische digitale Infrastruktur**
 - Erarbeitung einer europäischen **Cyber-Defense-Strategie**

Ein starkes Europa in der Welt

Europa muss seine Interessen in der Welt vertreten und sich vor Angriffen aller Art schützen können. Abhängigkeiten von Russland und China müssen reduziert und Partnerschaften mit anderen Ländern und Regionen weltweit vertieft werden. Europa ist heute ein wichtiger Player im globalen Kontext, muss aber am geopolitischen Parkett deutlich selbstbewusster auftreten und

agieren. Nur so kann Europa die Weltpolitik auch nachhaltig aktiv und entschlossen mitgestalten. Dies soll vor allem auch in der unmittelbaren Nachbarschaft, am Westbalkan, aber auch im Nahen Osten und in Nordafrika deutlich werden. Österreich soll als neutrales Land dabei weiterhin eine starke Vermittlerrolle für Europa und weltweit einnehmen.

Europa. Aber besser:

- Rascher **Ausbau der Kapazitäten zur militärischen europäischen Verteidigung** durch eine Forcierung der gemeinsamen Beschaffung, insbesondere im Rahmen der Rüstungsindustrie, unter Wahrung unserer Neutralität
- **European Sky Shield als gemeinsame europäische Initiative zur Abwehr von Bedrohungen**, unter Wahrung der nationalen Entscheidungsautonomie
 - o Sky Shield soll dabei Bedrohungen aus der Luft – wie beispielsweise einen Drohnen- oder Raketenangriff – abwehren und die Sicherheit der europäischen Staaten gewährleisten
- **Österreichs Neutralität nutzen, um für Europa und in der Welt weiterhin eine Vermittlerrolle einzunehmen.** Unsere Mitgliedschaft in der EU und in internationalen Organisationen sowie die Rolle Wiens als Ort des Dialogs und Amtssitz der UNO, OSZE und zahlreicher anderer Organisationen sollen dabei genutzt werden, um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.
- Noch intensivere **gemeinsame europäische Befassung und Strategieentwicklung** mit neuen Themen wie **Weltraum, Künstliche Intelligenz oder Digitalisierung** unter Einbindung von Europäischen Institutionen wie der European Space Agency [ESA]

- Beibehaltung und **Stärkung von europäischen und internationalen Missionen**, die weltweit zu Frieden und Stabilität beitragen
 - Wir werden uns besonders als Österreich weiterhin im Sinne einer aktiven Neutralitätspolitik an diesen europäischen und internationalen Missionen beteiligen.
- Die **USA** sollen **weiterhin als starker Partner der Europäischen Union gelten**, wobei die **Stärkung der Global-Gateway-Initiative** als Antwort auf Chinas „Neue Seidenstraße“ gelten kann.

Ein Europa, das Fake News aufdeckt und Desinformation bekämpft

Die gezielte Verbreitung von Falschinformationen bedroht Menschen, Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat. Desinformation ist ein bewusst eingesetztes Instrument, um Staaten zu destabilisieren. Wir setzen uns für eine intensivere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene und effektive Mechanismen

zur Identifizierung und Bekämpfung von Fake News und Desinformation ein. Bürgerinnen und Bürger brauchen für fundierte Meinungsbildung und demokratische Entscheidungen Zugang zu verlässlichen, objektiven und sachlichen Informationen.

Europa. Aber besser:

- Einräumung von **entsprechenden Kompetenzen der EU an die Mitgliedstaaten**, um die **Entwicklung und Förderung von Qualitätsmedien** in den jeweiligen Staaten abzusichern
- **Einführung eines digitalen Echtheitszertifikates für Fotos und Videos** [ähnlich zu signierten PDF-Dateien]. Damit kann sichergestellt werden, dass Fotos und Videos ab dem Aufnahmegerät unverfälscht sind.
- Schaffung einer europäischen **Klarnamenpflicht im Internet**, um Hasspostings konsequent zu unterbinden
- **Schaffung einer EU-weiten Regelung und eines Rechtsrahmens für Online-Bewertungsplattformen**, insbesondere im touristischen Bereich
- **Europaweite Sensibilisierungskampagnen „Glaub nicht alles, was du siehst und hörst“**, um auf die Gefahren von Fake News und Desinformation aufmerksam zu machen
- **Konsequente Anwendung und Umsetzung** des bereits beschlossenen **Digital Service Acts**, um große Plattformen als Gatekeeper verstärkt in die Pflicht zu nehmen

Ein Europa, das Freiheit verteidigt

Wenn Völkerrecht gebrochen und die Prinzipien der UNO-Charta verletzt werden, ist das auch eine Gefahr für Österreich. Mit dem Angriff auf die Ukraine hat Russland das Völkerrecht gebrochen. Die Verteidigung der Ukraine ist daher auch eine Verteidigung des Völkerrechts. Wir unterstützen die Ukraine solidarisch – beispielsweise mit der Aufnahme von Vertriebenen – und leisten als militärisch neutrales Land vor allem humanitäre Hilfe. Heute dürfen Grenzen nicht mehr mit Panzern und Raketen verschoben werden. Die Souveränität von Staaten ist gemäß UNO-Charta unverletzlich und darf nicht angegriffen werden. Als militärisch neutrales Land beteiligen wir uns allerdings nicht an Lieferungen von Waffen und Munition. Genauso wenig werden wir ukrainische Soldaten ausbilden oder österreichische Soldaten außerhalb eines UNO-Mandats entsenden. Die Unterstützung der Ukraine erfolgt ganz klar im Rahmen der österreichi-

schen Neutralität. Sie ist ein Bekenntnis zum Westen und gleichzeitig die Verteidigung unseres freien, westlichen Lebensmodelles und unserer Werte. Österreichs Position ist: militärisch neutral, aber nicht politisch.

In diesem Zusammenhang halten wir fest: Wir treten für einen gerechten und nachhaltigen Frieden in der Ukraine ein und unterstützen entsprechende internationale Bemühungen. Österreich soll sich dabei aktiv einbringen. Eine Friedenslösung für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine soll auch gemeinsam mit Ländern außerhalb der Europäischen Union – wie etwa den BRICS-Staaten – gesucht werden. In Bezug auf den europäischen Weg der Ukraine gilt: Die Kriterien für einen EU-Beitritt sind klar und für alle Kandidaten gleich. Es darf keine Abstriche bei Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Korruptionsbekämpfung geben.

Europa. Aber besser:

- **Verteidigung des Völkerrechts und der UNO-Charta**
- **Einsatz für einen gerechten und nachhaltigen Frieden in der Ukraine** und Unterstützung aller entsprechenden internationalen Bemühungen zur Beendigung des Kriegs

- In Bezug auf die **Annäherung der Ukraine an die EU** gilt, dass im Rahmen eines verdienstbasierten Prozesses **alle Kriterien und Verfahren des Beitrittsprozesses eingehalten werden müssen**.
 - **keine Abstriche bei Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Korruptionsbekämpfung**
 - Es darf **weder ein beschleunigtes Verfahren für die Ukraine noch zwei Klassen von Beitrittskandidaten geben**.
 - Beitrittsverhandlungen bedeuten noch nicht, dass es zu einem EU-Beitritt kommt.
 - **Es kann keinen EU-Beitritt eines Landes, das sich im Krieg befindet, geben.**

Ein Europa, das jüdisches Leben schützt

Als Folgewirkung des Terrorangriffs der Hamas auf Israel zeigt sich eine alarmierende Zunahme von Antisemitismus in Europa. Antisemitismus ist schon lange nicht nur ein Problem von rechten Strömungen, sondern findet sich auch in linken Gruppierungen oder als migrantischer Antisemitismus in ganz Europa

wieder. Die Volkspartei bekennt sich – nicht zuletzt auch aufgrund der historischen Verantwortung Österreichs – uneingeschränkt zum Schutz der jüdischen Gemeinden in ganz Europa. Wir werden auch weiterhin den Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus auf allen Ebenen fortsetzen.

Europa. Aber besser:

- **Konsequente Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus**
 - Dazu gehört die **schnelle Schaffung eines ständigen Gremiums zur Bekämpfung von Antisemitismus**. In diesem sollen alle Mitgliedstaaten und jüdischen Gemeinschaften zusammenkommen, um Maßnahmen zu planen, zu koordinieren und umzusetzen.
 - Zusätzlich braucht es eine **Aufstockung der EU-Mittel im Kampf gegen Antisemitismus**.
- **Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen sowie enge Kooperation von Sicherheitsbehörden mit jüdischen Einrichtungen** nach österreichischem Vorbild in ganz Europa
- **Europäischer Budgettopf für Schulreise-Programme**, um den Besuch von Gedenkstätten zu ermöglichen
- Konsequenter **Kampf gegen Antisemitismus im Internet**

Ein Europa, das durch Erweiterung Stabilität sicherstellt

Dass Europa über seine Grenzen hinaus Stabilität fördert, ist für Österreich besonders wichtig. Daher muss die Erweiterung der Europäischen Union um alle Staaten des Westbalkans für die EU vorrangig bleiben. Mit Blick auf die Länder des Westbalkans muss gerade heute Stabilität exportiert werden, um nicht morgen Instabilität zu importieren. Die Erweiterung der EU ist das wichtigste geostrategi-

sche Instrument, das wir haben. Wir setzen uns für einen dynamischen, graduellen Erweiterungsprozess ein, der spürbar positive Ergebnisse für die Menschen in den Ländern bringt und Stabilität fördert. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass unsere Nachbarschaft nicht durch den Einfluss externer Akteure destabilisiert wird. Daher unterstützen wir alle Maßnahmen der Westbalkanfazilität.

Europa. Aber besser:

- **Rasche Heranführung der Staaten des Westbalkans an die EU.** Ein politisches Vakuum in der Region, das dritte Akteure für sich nützen, ist nicht im europäischen (Sicherheits-) Interesse.
- Die Heranführung der potenziellen Mitgliedstaaten an die EU soll anhand des österreichischen Konzepts der **graduellen Integration** erfolgen.
 - Damit können potenzielle Mitgliedstaaten die Systematiken und die Funktionsart der Union bereits in einem frühen Stadium kennenlernen (z.B. Teilnahme an informellen Räten) und sich **auf die Pflichten der EU-Mitgliedschaft frühzeitig vorbereiten**.
 - Bürgerinnen und Bürger der Beitrittskandidatenländer sollen von konkreten und greifbaren Vorteilen profitieren können und so den **Nutzen eines EU-Beitritts besser verstehen**.
 - Je mehr Kriterien ein EU-Beitrittskandidat erfüllt, desto mehr wird er in konkrete Politikfelder wie beispielsweise den Binnenmarkt, Energie oder Wissenschaft schrittweise integriert.
- **Klare Absage an einen EU-Beitritt für Länder, die unsere europäischen Werte nicht teilen**

Für mehr Wirtschaftskraft

Die Europäische Union ist mit 500 Millionen Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt von 15 Billionen Euro der größte Binnenmarkt der Welt. Europa hat aber zuletzt im Vergleich zu den USA und China an Wettbewerbsfähigkeit und an wirtschaftlicher Relevanz verloren. War Europa im Jahr 1980 noch für 25,86% des kaufkraftbereinigten globalen BIP verantwortlich, sank der Anteil 2022 auf 14,87%. Die **Gefahr einer nachhaltigen Deindustrialisierung in Europa ist real**. Wir müssen daher die **Trendumkehr schaffen und die Potenziale des europäischen Wirtschaftsraums wieder voll ausschöpfen**. Ein **funktionierender Wirtschaftsraum bildet die Grundlage für einen stabilen Arbeitsmarkt und unseren Wohlstand**. Europa muss alle Anstrengungen unternehmen, um führend bei Innovation, Wertschöpfung und Wachstum zu werden.

Es sind sämtliche Regulierungen darauf zu überprüfen, ob sie nicht zu stark in die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit eingreifen. Wo dies der Fall ist, wie zum Beispiel beim überbordenden Lieferkettengesetz oder beim einseitigen European Green Deal, der zu wenig auf Wettbewerbsfähigkeit achtet, müssen Maßnahmen zurückgenommen bzw. angepasst werden. Wichtige Instrumente für weniger Bürokratie sind das „**One-in-Two-out**“-Prinzip bei neuen Gesetzen, **Sunset-Klauseln mit einem „Ablaufdatum“**

für Gesetze und Wettbewerbsfähigkeits-Checks insbesondere für geplante Regeln, die Klein- und Mittelbetriebe betreffen. Das Ziel ist, die **Vermeidung von Überregulierung, überbordenden Rechts- und Bürokratievorschriften oder Gold-Plating**.

Für mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum müssen auch die noch bestehenden Barrieren am Binnenmarkt für Produkte und Dienstleistungen abgebaut und Regelungen harmonisiert werden. Das gilt vor allem für die Harmonisierung und Erweiterung des Binnenmarktes im Energie-, Telekommunikations-, Digitalisierungs- und Kapitalbereich. **Europäische Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz dürfen nicht auf Kosten der Unternehmen gehen**. Zusätzlich braucht es beste digitale Infrastruktur und die Schaffung der europäischen Kapitalmarktunion zur Finanzierung von Wachstums- und Innovationsprojekten. Für mehr Innovationskraft muss Europa den Forschungs- und Innovationsstandort durch eine deutliche Erhöhung von Forschungsmitteln und einen starken internationalen Patentschutz stärken und das Wettbewerbsrecht reformieren, um mehr europäische Champions zu ermöglichen. **Ein Europa der besten Köpfe erfordert es, Barrieren für einen modernen europäischen Arbeitsmarkt abzubauen und die flexible Wahl von Arbeitsplatz und Lebensort zu erleichtern**.

Ein Europa, das zukunftsfit ist

Laut Europäischer Kommission bietet der europäische Binnenmarkt ein Wachstumspotenzial von 713 Milliarden Euro bis Ende 2029. Die Stärkung des Binnenmarkts ist für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa erfolgsentscheidend. Die Förderung der Wirtschaft und damit der Chancen für Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss in ganz Europa optimiert werden.

Bei Investitionen soll es künftig möglich sein, nationale Interessen stärker zu berücksichtigen. Ein starker Binnenmarkt sichert ein starkes Europa. Vor allem für Klein- und Mittelbetriebe müssen Rahmenbedingungen verbessert und bürokratische Hürden abgebaut werden. Unternehmensgründungen sollen in Europa attraktiver sein als in anderen Regionen der Welt.

Europa. Aber besser:

- Bestehende **Barrieren im Binnenmarkt zwischen den Mitgliedstaaten weiter abbauen** und die Harmonisierungen in allen Sektoren vorantreiben
- **Gegen das Aus des Verbrennungsmotors**
 - Aktiver Einsatz dafür, dass **Europas Autoindustrie zum Weltmarktführer bei Verbrennungsmotoren wird**
- **Sicherstellung der Funktionsweise des Binnenmarktes auch in Krisenzeiten**, wie beispielsweise durch die Anwendung des Binnenmarkt-Notfall- und -Resilienzgesetzes
 - Dieses wurde geschaffen, um eine verbesserte Notfallreaktion der Union auf Krisen zu ermöglichen und dadurch das Funktionieren des Binnenmarktes sicherzustellen.
- Weiterhin **Stärkung eines rechtsverbindlichen und gut zugänglichen Schutzsystems für Investoren innerhalb der EU**
- **EU als Zielort für internationale Talente weiter attraktivieren**
 - Rasche praxistaugliche **Weiterentwicklung des EU-Talentepools als One-Stop-Shop zwischen Arbeitgebern, Arbeitsuchenden und öffentlichen Akteuren**

- **Schaffung einer echten EU-Kapitalmarktunion**
 - Dadurch soll die Finanzierung von Unternehmen über die Kapitalmärkte vereinfacht und ausgebaut werden. Davon können vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren.
- **Stärkung des Risikokapitalmarktes** als wichtigen Faktor für Innovation und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
- **Sicherung der Kreditfinanzierung und Bewahrung der vielfältigen Bankenstruktur** in Europa
- **Stärkung des Euro durch Erweiterung der Eurozone** unter strenger Einhaltung der Konvergenzkriterien (Maastricht-Kriterien)
- **Weiterentwicklung des europäischen Beihilfensystems** mit einer stärkeren Berücksichtigung der geostrategischen Dynamiken, um das Wachstum europäischer und österreichischer Leitindustrien zu ermöglichen und nicht zu verhindern
 - Flexibleres EU-Beihilfenrecht mit der Möglichkeit von **Fast-Track-Verfahren, wenn Investitionen in bestimmte Wirtschaftsbereiche im nationalen Interesse sind**
 - **Verstärkte Nutzung von IPCEIs (Important Projects of Common European Interest)** als Förderprojekte, von denen mehrere Mitgliedstaaten profitieren können

Ein Europa, in dem weniger Regulierung mehr möglich macht

Übermäßige Regulierung und zu viel Bürokratie hemmen die wirtschaftliche Dynamik in Europa, behindern die Innovationskraft unserer Betriebe, belasten Bürgerinnen und Bürger und lähmen staatliches Handeln in den Mitgliedstaaten. Unsere Unternehmerinnen und Unternehmer sollen wieder Unternehmer sein können, ohne übermäßigen administrativen Aufgaben und/oder übermäßigen Berichtspflichten belastet zu werden. Damit meinen wir beispielsweise die ESG-Berichtspflichten [Environmental Social Governance]

zur Nachhaltigkeit von Unternehmen. Unnötige bürokratische Hürden und Überregulierung auf europäischer Ebene müssen identifiziert und abgebaut werden. Vorschriften sollen verhältnismäßig sein und den Grundsätzen der Subsidiarität entsprechen. Deregulierung stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wirtschaftsstandort. Europa soll Unternehmertum offensiv fördern und als Wirtschaftsunion bestmögliche Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Erfolge bieten.

Europa. Aber besser:

- **Refokussierung der Union auf Wirtschaftsthemen und konsequenter Abbau von Überregulierungen**
 - Dazu zählt beispielsweise die **Überprüfung des Green Deal und der Angemessenheit der ESG-Kriterien** zur Nachhaltigkeit von Unternehmen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit.
- **Neuverhandlung sämtlicher Regulierungen, die zu stark in die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit eingreifen.**
 - Dazu zählen beispielsweise das Lieferkettengesetz oder auch Bereiche des European Green Deal, wie das Aus der Verbrenner bei Neuzulassungen ab 2035.

- **Wettbewerbsfähigkeitscheck für EU-Verordnungen und Richtlinien**
 - o Überprüfung sämtlicher EU-Gesetze vor Inkrafttreten durch die Kommission. Dabei muss ein Fokus darauf liegen, dass neue Gesetze zu keiner Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen führen sollen.
 - o Alle neuen Maßnahmen müssen dem festgelegten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und Treffsicherheit entsprechen.
- **Konsequente Reduktion der Berichtspflichten um mindestens 25 Prozent** wie beispielsweise die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (ESG-Berichtspflichten) und **Einführung von einem „One-in-Two-out“-Systems**
 - o Für jede neue Regelung sollen daher mindestens zwei bestehende (Über-)Regulierungen abgeschafft werden.
- In Richtlinien und Verordnungen sollten **Sunset-Klauseln** zum Standard werden, die neue Regelungen befristen, sodass nach Ablauf einer definierten Zeit entweder die Regelung außer Kraft tritt oder neu verhandelt werden muss.
- **Rechtsbereinigung, um bestehende Gesetze, Verordnungen und Richtlinien auf Doppelgleisigkeiten zu überprüfen**
- **Neudenken der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**, um sie **unbürokratischer** zu gestalten, zu **modernisieren und benutzerfreundlicher zu machen**. Dadurch soll die DSGVO den Herausforderungen des digitalen Zeitalters gerecht werden. Dabei sehen wir Datenschutz als Wettbewerbschance.
 - o Die DSGVO wurde vor genau zehn Jahren, im Jahr 2014, vom Europäischen Parlament verabschiedet. Seit dem hat sich besonders im digitalen Bereich vieles verändert. Diesen Veränderungen muss auch die DSGVO entsprechen und der nächste Evaluierungsprozess genutzt werden, um konkrete Vereinfachungen in Angriff zu nehmen.
- **Berichts- und Prüfungspflichten sowie Haftungen entlang der Wertschöpfungsketten** – insbesondere für KMU – sollen **mit Augenmaß** umgesetzt werden.
 - o Dabei soll besonders auch **auf Freiwilligkeit gesetzt werden**.
- Nachhaltigkeitsgesetzgebung durch Vermeidung überbordender Bürokratie praktikabel gestalten
- **Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen**
- **Abschaffung der zusätzlichen Gebühren für Telefongespräche innerhalb der EU**, um aus Österreich oder anderen Ländern innerhalb der Union gratis in andere Mitgliedstaaten telefonieren zu können
 - o Erweiterung des Roaming-Abkommens auch auf die Schweiz

Ein Europa, das weltweit wettbewerbsfähig ist

Europa verliert zunehmend gegenüber den USA, China und weiteren Staaten an Wettbewerbsfähigkeit. Europa muss daher wieder einen klaren Fokus auf Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit setzen und europäische Interessen selbstbewusst in der Welt vertreten. Ein wettbewerbsfähiges Europa verhindert die Abwanderung von Betrieben, bietet Unternehmen attraktive Standortbedingungen. Unternehmen und ihre Beschäftigten müssen sich etwa auf eine leistbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung so-

wie auf moderne Finanzierungsinstrumente verlassen können. Gleichzeitig ist auch der Arbeitskräftemangel europaweit eine Herausforderung, wofür es gezielte Lösungsstrategien, beispielsweise mit den Staaten des Westbalkans, braucht. Weil Europa unser wirtschaftliches Tor zu Weltmärkten ist, brauchen wir faire Handelsabkommen. Die Europäische Union soll die weltweite Handelspolitik federführend mitgestalten und europäische Interessen vertreten.

Europa. Aber besser:

- **Sicherstellung, dass Europa ein Player in der globalen Wirtschaft bleibt und österreichische sowie europäische Interessen in den Vordergrund** gestellt werden
 - Fokus auf den europäischen und österreichischen Produktionsstandort und **Forcierung der Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft**
- **Bevorzugung europäischer Firmen** nach dem Prinzip „Europe First“ im internationalen Wettbewerb
 - Dabei muss ein Fokus darauf liegen, insbesondere die **kritische Infrastruktur vor Einflüssen anderer Staaten zu schützen**.
- **Unterstützung der europäischen Exportwirtschaft** zur Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen

- **Abbau von Abhängigkeiten bei europäischen Schlüsseltechnologien, wie bei Pharma- und Medizinprodukten oder auch im Bereich der Mikrochips**
 - Dazu soll unter anderem der **Chips Act konsequent umgesetzt werden**, um die Halbleiter-Produktion in der EU zu fördern.
 - Gleichzeitig soll durch den **Beibehalt der aktuellen Regelungen im Patentschutz sichergestellt werden, dass die innovative Medikamentenproduktion in Europa erhalten bleibt.**

Ein Europa, das über krisensichere Energie verfügt

Der Standort Europa braucht eine krisensichere Energieversorgung. Es darf in Zukunft niemandem mehr gelingen, Energie wirksam als Waffe einzusetzen. Vielfältige Partner statt Abhängigkeit von einzelnen Ländern, wie Russland, sind für uns ebenso wichtig wie nachhaltige Energiequellen und insgesamt mehr Eigenproduktion. Das Ziel muss es sein, leistbare Energie unabhängig von internationalen Konflikten sowie eine stabile

Energieversorgung sicherzustellen. Ein Europa mit einem funktionierenden Energiebinnenmarkt bedeutet leistbare Versorgungssicherheit für die Industrie und die Menschen in Europa. Die wirtschaftliche Dynamik in Europa darf nicht unter der Transformation des Energiesystems leiden. Europa braucht effiziente transeuropäische Netze für Strom, Gas, Wasserstoff sowie CO₂-Transport und -Speicherung.

Europa. Aber besser:

- **Strategische Diversifizierung von Energielieferanten**
- Erarbeitung einer **Energieinfrastruktur-Strategie** auf europäischer Ebene. Dabei streben wir einen **Energiebinnenmarkt mit fairer Kostenaufteilung** an. Gleichzeitig soll Wahlfreiheit für Konsumentinnen und Konsumenten bestehen, die die Wahrung von nationalen Interessen, wie die Ablehnung von Energie aus Atomkraft, ermöglicht.
 - **Sicherstellung von leistbarer Energie** durch Systemadaptierungen auf europäischer Ebene wie beispielsweise die **Neuregelungen bei den Strompreiszonen sowie Abschaffung von unionsrechtswidrigen Hürden**, wie der Gasspeicherumlage
 - **Verbesserung der Rahmenbedingungen des EU-Energiemarktes zur Senkung der Energiepreise**, insbesondere für Haushalte, Industrie, Landwirtschaft und KMUs
 - Weiterhin klarer **Fokus auf den Ausbau von transnationaler Infrastruktur zum Transport von alternativen Energieformen** und **Umsetzung der EU-Wasserstoff-Strategie**

- **Europäische Blackout-Vorsorge**
 - o Sicherstellung von notwendiger Infrastruktur, um Blackouts zu vermeiden und leistbare Energie für Europa zu gewährleisten
- **Energiepartnerschaften** im Bereich erneuerbarer Energie und Wasserstoff **mit anderen Wirtschaftsräumen forcieren**, um Abhängigkeiten von beispielsweise Öl oder Gas zu reduzieren
 - o Bei neuen Partnerschaften muss sichergestellt werden, dass sich **keine neuen und geopolitisch bedenklichen Abhängigkeiten** ergeben.
- **Ausbau von (erneuerbaren) Erzeugungskapazitäten** sowie massiven **Ausbau der Leitungsnetze – auch Wasserstoff –, insbesondere der Stromnetze**, gewährleisten
- Konsequente **Stärkung der europäischen Produktion von Komponenten für die erneuerbare Energiegewinnung**, wie beispielsweise der Photovoltaik-Industrie
- **Günstige Investitionsbedingungen durch kürzere Genehmigungsverfahren und straffere Verfahren im Bereich der erneuerbaren Energie**

Ein Europa, das unabhängig und resilient ist

Eine zuverlässige Versorgung mit Rohstoffen ist für den Wirtschaftsstandort entscheidend. Europa soll unabhängig von geopolitischen Entwicklungen und Krisen über ausreichende und diversifizierte Rohstoffquellen verfügen, um für die Betriebe Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Für weniger Abhängigkeit

bei Rohstoffen braucht es insbesondere die Förderung von Investitionen in heimische Ressourcen, die Entwicklung innovativer Technologien zur effizienteren Nutzung von Rohstoffen und mehr Partnerschaften mit zuverlässigen internationalen Lieferanten.

Europa. Aber besser:

- **Verbesserung der Widerstandsfähigkeit, Sicherstellung und Diversifizierung der internationalen Liefer- und Wertschöpfungsketten** und Diversifizierung von Bezugsquellen wichtiger Rohstoffe und Vorprodukte durch Partnerschaften mit Drittländern bzw. durch Investitionen in strategischen Sektoren
- **Absicherung des Standorts für die europäische (energieintensive) Industrie und Rohstoffgewinnung**, wie durch die rasche Umsetzung der EU-Verordnung zu kritischen Rohstoffen
- **Verknüpfung der EU-Taxonomie-Verordnung mit dem Europäischen Gesetz zu kritischen Rohstoffen**, um sicherzustellen, dass sich die Rahmenbedingungen für die europäische Förderung von kritischen Ressourcen nicht konterkarieren
 - o Um Investitionen in nachhaltige Projekte zu fördern, wurde mit der EU-Taxonomie-Verordnung ein gemeinsames Klassifizierungssystem für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten geschaffen.
 - o Die Aufnahme von kritischen Rohstoffen in dieses Klassifizierungssystem erhöht die Akzeptanz und fördert Investitionen in Projekte zur Gewinnung dieser Rohstoffe.
- **Stärkung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten durch die Forcierung von digitalen Partnerschaften**. Darüber hinaus braucht es auch die **Einrichtung eines Dialoges über Rohstoffe** sowie die **Etablierung weiterer Trade and Technology Councils (TTC)**, um auch mit Ländern ohne Handelsabkommen enge technologische und wirtschaftliche Kooperationen etablieren zu können.

Ein Europa, das faire Handelsabkommen schließt

Internationale Handelspartnerschaften eröffnen Unternehmen neue Märkte und sind daher für Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand entscheidend. So haben sich die Exporte seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union in andere Mitgliedstaaten mehr als verdreifacht. Wir wollen, dass Europas und besonders Österreichs Unternehmen auf globaler Ebene mehr denn je erfolgreich sind, indem wir ihre Interessen durch fairen Wettbewerb schützen und gleichzeitig ihre Exportmöglichkeiten fördern. Die Handelsregeln der Welthan-

delsorganisation [WTO] waren lange eine funktionierende Grundlage für einen fairen Wettbewerb, wovon sowohl Österreich als auch die EU profitiert haben. Die Europäische Union soll wirtschaftliche Trends und Standards am Weltmarkt gestalten und mitbestimmen. Europa soll als verlässlicher Handelspartner konstruktiv zum globalen, regelbasierten Wirtschaftsgefüge beitragen und schädlichen Protektionismus verhindern. Es braucht faire Handelsabkommen, die allen Beteiligten nützen.

Europa. Aber besser:

- **Weiterentwicklung der WTO**
 - Vereinbarung und Umsetzung von **modernen Handelsregeln**
 - **Faire Handelserleichterungen** für neue Technologien, Umweltgüter und Dienstleistungen, Wiederherstellung eines **handlungsfähigen Streitbeilegungssystems**
 - Agenda für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen stärken
- **Beschluss von fairen Freihandelsabkommen unter Wahrung nationaler Interessen mit unseren Partnerinnen und Partnern.** Dabei muss sichergestellt werden, dass unsere heimischen Produzierenden nicht unter einen Preisdruck durch Importprodukte kommen, die unter gänzlich anderen Arbeits- und umweltrechtlichen Standards hergestellt werden.

- **Neue Handels- und Investitions(schutz)abkommen vereinbaren und umsetzen** sowie Ratifizierungen beschleunigen
- Gezielte Unterstützung von KMUs durch:
 - **Vereinfachung des Zugangs zu Investitionsstreitbeilegung**
 - **KMU-freundlichere Gestaltung von Handelsmaßnahmen/-abkommen**
- **Forcierung eines fairen Besteuerungsmodells von digitalen Plattformen** auf internationaler Ebene
- **Importzölle für Produkte, die aufgrund staatlicher Subventionen zu Verzerrung des Wettbewerbs führen**, wie beispielsweise bei staatlich subventionierten chinesischen E-Autos
- **Faire Wettbewerbsbedingungen (Level playing field) herstellen**, um eine europäische Antwort auf Konjunkturprogramme anderer Wirtschaftsräume zu finden und einen wechselseitigen Zugang auch zu Drittmärkten sicherzustellen. Außerdem sollen dadurch Abschottungsmaßnahmen von Drittstaaten verhindert werden.

Ein Europa, das besser wirtschaftet

Eine nachhaltige und verantwortungsvolle Budgetpolitik auf europäischer Ebene sichert den effizienten Einsatz von finanziellen Mitteln der Mitgliedstaaten. Als Nettozahler ist uns in Österreich besonders wichtig, dass mit den Geldern unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler achtsam umgegangen wird. Alle Ansätze für eine Vergemeinschaftung von Schulden – eine „Schuldenunion“ – lehnen wir nachdrücklich ab. Die EU selbst soll sparsamer werden. Wir fordern eine Verschlankeung der Institutionen. Wir wollen, dass das Europäische Parlament nur einen Sitz hat –

entweder in Brüssel oder in Straßburg. Das Parlamentsgebäude in Straßburg steht aktuell 317 Tage im Jahr unbenutzt. Zudem ist es nicht vertretbar, dass Mitglieder und Angestellte des Europäischen Parlaments zwölf Mal jährlich für rund 114 Millionen Euro nach Straßburg reisen müssen, wenn Plenarsitzungen dauerhaft an einem Standort abgehalten werden könnten. Das würde nicht nur die Effizienz, sondern auch die Glaubwürdigkeit der EU beim sparsamen Umgang mit Steuermitteln erhöhen.

Europa. Aber besser:

- **Einsparungen im System** durch:
 - o **weniger Bürokratie**, indem Regulierungen reduziert werden. Dazu zählt beispielsweise die **Einführung eines „One-in-Two-out“-Systems**, um bei Einführung einer neuen Regulierung mindestens zwei (Über-)Regulierungen abzuschaffen, oder auch die **Einführung von Sunset-Klauseln**
 - o **weniger Personal** durch beispielsweise die **Einführung eines Single-Seat-Prinzips** sowie die Identifikation von weiterem Sparpotenzial bei den europäischen Institutionen und Agenturen
- Rasche **Rückkehr zu den Maastricht-Kriterien**
 - o Österreich soll in Brüssel weiterhin eine Stimme für das Einhalten der Maastricht-Kriterien aller Euro-Länder sein, damit die Stabilität der Eurozone und unserer gemeinsamen Währung gesichert ist. Für uns ist klar: **Es wird keine Schuldenunion auf europäischer Ebene geben.**
- Steuerpolitik wachstumsfördernd einsetzen und **keine neuen Abgaben an die Union**
- **Anbringung einer Defizituhr nach US-Vorbild**, welche die Defizite der Staatshaushalte Europas ausweist

Ein Europa, das seine Mobilität umweltgerecht gestaltet

Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik auf europäischer Ebene muss die Bedürfnisse sowohl urbaner als auch ländlicher Gebiete ausgewogen berücksichtigen. Die Erreichbarkeit von ländlichen Regionen muss verbessert werden. Die Bahninfrastruktur soll als nachhaltiges Verkehrsmittel gestärkt werden. Investitionen in moderne, umweltfreundliche und effiziente Bahnverbindungen sind zentral für die Zukunft der Mobilität in Europa. Die Probleme und Herausforderungen, die sich

für Österreich als Transitland stellen, müssen von der Europäischen Union in Angriff genommen werden. Insbesondere am Brennerkorridor braucht es eine Anhebung der Maut, um Umwegverkehr von der kürzeren, aber teureren Schweizer Strecke zu vermeiden. Für uns ist aber klar: Österreich ist ein Autoland – und das Auto wird auch weiterhin primäres Fortbewegungsmittel sein, um den Alltag der Bevölkerung in ländlichen Gebieten mobil und effizient zu gestalten.

Europa. Aber besser:

- **Ausbau der Straßen für die Autos der Zukunft** sowie **Förderungen für den „grünen Verbrenner“**. Dabei ist klar, dass es auch künftig **Technologieoffenheit auf allen Ebenen** braucht **statt Rückschritt durch Verbote**.
 - Rücknahme des Verbrenner-Aus für Neuzulassungen ab 2035
- Entschlossener Einsatz auf allen Ebenen, um die **Güterverlagerung von der Straße auf die Schiene** voranzutreiben und damit die Transitbelastung für die Bevölkerung zu reduzieren
- Entlastung der Bevölkerung und Schutz der Umwelt, insbesondere am **Brennerkorridor** durch eine europäische Lösung:
 - **Anhebung der Maut auf Schweizer Niveau**, um Umwegverkehr zukünftig zu vermeiden

- **EU-weite Anerkennung des L17**
 - Die Anerkennung des L17, speziell in den Nachbarländern Österreichs, soll forciert werden, um jungen Menschen in den Grenzregionen mehr Mobilität und Freiheit zu ermöglichen.
- **Vernetzung und Ausbau des „Bahnraums Europa“**
 - Ausbau des Hochgeschwindigkeits- und Transportschienenetzes für den Eisenbahnverkehr in Europa
 - **Einführung einer europaweiten Buchungsplattform für Bahntickets und Ermöglichung eines einfachen Wechsels der Verkehrsmittel**, um unkompliziertes Reisen zu gewährleisten und Europa als Tourismusstandort noch stärker zu positionieren
 - Fortführung des Ausbaus des transeuropäischen Verkehrsnetzes, insbesondere Projekte wie Koralm, Semmering-Basistunnel und Pyhrn-Schober-Achse
 - Bei Anbindungen auch die Häfen von Triest und Rijeka berücksichtigen
 - Zusätzliche **gemeinsame technische Harmonisierung inklusive einem europäischen eTicket, einem einheitlichen Zulassungsverfahren für Züge und dem grenzüberschreitenden Einsatz von Zugpersonal**
- **Förderung der Dekarbonisierung des Verkehrs** durch einen technologieoffenen Zugang zur Erreichung der Klimaziele
 - Das soll unter anderem anhand von alternativen Antrieben und Übergangstechnologien sowie durch entsprechende Lade- und Betankungsinfrastruktur erreicht werden. Dabei soll besonders auch der **Grüne Verbrenner im Fokus** stehen.

Für einen starken ländlichen Raum und eine erfolgreiche Land- und Forstwirtschaft

Die sichere Versorgung mit Lebensmitteln ist für Europa ein wichtiges Zukunftsthema. **Die europäische Landwirtschaft muss dafür im internationalen Wettbewerb gestärkt werden.** Nur so kann sie mit der – zu deutlich niedrigeren Standards arbeitenden – Konkurrenz auf den Weltmärkten mithalten. Das Budget für die Gemeinsame Agrarpolitik muss daher nachhaltig abgesichert werden. **Wir werden als starke Stimme für unsere Landwirtschaft in der Europäischen Union keine Benachteiligungen unserer Bäuerinnen und Bauern zulassen.**

Neue Chancen für die europäische Landwirtschaft ergeben sich auch in der Erneuerbaren-Energie-Produktion – vom Biogas bis zu biogenen Kraftstoffen. Die Leistungen der Landwirtschaft spielen nicht nur für die Lebensmittelversorgung und künftig für die Energieproduktion, sondern auch für die europäischen Kulturlandschaften eine wichtige Rolle. Für uns ist klar: **Unsere Bäuerinnen und Bauern sind das Rückgrat der Nahrungsmittelversorgung in Europa.** Dafür gebührt ihnen nicht nur Respekt, sondern auch entsprechende Anerkennung und Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, dass die vielfältigen Leistungen der Land- und Forstwirtschaft in und für Europa erhalten und ausgebaut werden.

Ein Europa, das eine sichere Lebensmittelversorgung gewährleistet

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sollen sich jederzeit auf die Versorgung mit Lebensmitteln verlassen können – auch bei internationalen Krisen. Dabei muss die Union in sämtlichen Lebensmittelsparten einen hohen Selbstversorgungsgrad erreichen, um damit die Versorgung sicher-

zustellen und die Preise stabil zu halten. Gerade die vergangenen Jahre der Krise haben gezeigt, wie wichtig es ist, uns selbst versorgen zu können. Eine robuste und autonome Lebensmittelproduktion in der gesamten Europäischen Union sichert langfristig unsere Souveränität.

Europa. Aber besser:

- **Sicherstellung der Lebensmittelversorgung Europas**
 - **Versorgungssicherheits-Check für alle neuen Gesetze** – umfangreiche Folgenabschätzungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit vor jedem Gesetzesvorschlag
 - Steigerung der Selbstversorgung Europas und Österreichs bei Lebensmitteln und Futtermitteln
 - **Sicherung und Stärkung der Land- und Forstwirtschaft in den Berg- und landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten**, inklusive Schutz und Erhalt einer flächendeckenden Alm- und Weidewirtschaft
 - **Gleiche Tierwohlstandards für Europa** – Absicherung einer modernen europäischen Lebensmittelproduktion, insbesondere beim Pflanzenschutz braucht es ein Aus für nationale Schlupflöcher
 - Visionen für den Ackerbau – Steigerung der europäischen Eiweißproduktion, „One-in-One-out“ für Pflanzenschutzmittel – Sicherstellung von nachhaltigem Pflanzenschutz

Ein Europa, das unsere Landwirtschaft stärkt

Absicherung und Ausbau der Finanzierung unserer Landwirtschaft durch die Gemeinsame europäische Agrarpolitik [GAP] sind essentiell, um die Landwirtschaft zu stärken und unsere ländlichen Gemeinden zu erhalten. Unsere Bäuerinnen und Bauern stehen vor vielfältigen Herausforderungen, sei es durch sich ändernde Marktbedingungen,

Umweltauflagen oder den zunehmenden Wettbewerbsdruck. Es ist daher unsere Verantwortung, sicherzustellen, dass sie die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um ihre Betriebe weiterführen zu können und die hohe Qualität unserer Lebensmittel zu gewährleisten.

Europa. Aber besser:

- **Inflationsanpassung der Mittel der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik [GAP] für Österreich im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028 mit Abgeltung der Inflation und nationaler Kofinanzierung**
 - Im Fokus der neuen GAP ab 2028 soll ein europäisches Agrarmodell stehen, welches auf bäuerliche Familienbetriebe im Zentrum der ländlichen Räume basiert.
- **Berücksichtigung von unterschiedlichen Produktionsstandards zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten bei Einfuhrzöllen**
- **Ausweitung der Aufgaben der Marktbeobachtungsstelle** auf europäischer Ebene für EU-Lebensmittelimporte, um faire Rahmenbedingungen sicherzustellen
- **Ausweitung der Wiedereinführung der Zölle für ukrainische Agrarprodukte auch auf Weizen und Ölsaaten**, sofern diese nicht durch die Union durchgeliefert werden. Ukrainische Produkte müssen in den Märkten ankommen, für die sie eigentlich bestimmt sind, um die Lebensmittelversorgung in den Zielländern, beispielsweise Afrika, sicherzustellen.

- **Entbürokratisierung vorantreiben** und die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette stärken
 - Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung innerhalb der GAP und in allen für die Landwirtschaft relevanten Rechtsmaterien – „**One-in-Two-out**“ für **Agrar-Gesetze**
- **Schutzstatus von Wolf, Biber oder Fischotter senken** sowie länderübergreifende Betrachtung des günstigen Erhaltungszustandes sichern
 - Dabei sollen wieder mehr Entscheidungen in den Mitgliedstaaten getroffen werden können.
- **Kein Eingriff in die nationalstaatlichen Kompetenzen im Bereich der Forstwirtschaft**

Für zukunftsreiche Forschung und Innovation

Forschung, Entwicklung und Innovation sind für uns in Europa in jeder Hinsicht zukunftsentscheidend – von der Wirtschaftskraft über den Klimaschutz bis zur individuellen Gesundheit. Im globalen Innovationswettbewerb muss Europa daher seine **Forschungsförderung gezielt ausbauen**.

Österreich ist bei den Forschungsförderungsprogrammen der EU überdurchschnittlich erfolgreich: Wir profitieren im For-

schungsbereich besonders stark von der EU. Es kommt von der EU deutlich mehr Geld, als wir einzahlen. Unser Ziel ist, Österreich auf Platz 1 bei der Forschungsquote in Europa zu bringen. **Mit Europa können unsere Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher sowie innovativen Unternehmen mehr für unsere Zukunft erreichen**. Neue Ideen und Entwicklungen müssen rasch in Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle umgesetzt werden können.

Ein Europa, das Forschung fördert

Europa und insbesondere Österreich sollen weltweit zu den führenden Forschungsstandorten gehören. Spitzenforschung ist der Schlüssel für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Europa soll in Wissenschaft und Technologie international führend werden. Dafür braucht es einen europäischen Forschungsraum, in dem Wissen und Ressourcen für gemeinsame Höchstleistungen effektiv geteilt werden. Die enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen natio-

nen und internationalen Institutionen für Spitzenforschung sowie Anreize für hochqualifizierte Forscherinnen und Forscher, in Europa zu arbeiten, sollen Europa zum globalen Forschungs-Hotspot machen. Europa soll mehr denn je für Spitzenforschung stehen. Und wir stehen dabei für eine zukunftsorientierte Politik, die Wissenschaft und Bildung als zentrale Elemente für den Erfolg Europas sieht.

Europa. Aber besser:

- Den Forschungs- und Innovationsstandort durch eine **Erhöhung von Forschungsmitteln** und einen **starken internationalen Patentschutz** stärken sowie das **Wettbewerbsrecht reformieren**, um ein Entstehen europäischer Champions, die am Weltmarkt erfolgreich sein können, zu ermöglichen
- **Mittel für „Horizon Europe“**, das größte Forschungsrahmenprogramm der Welt, **verdoppeln**
 - o Mit dem Forschungsprogramm „Horizon Europe“ sollen künftig Forschung und Innovation noch stärker gefördert werden und damit ein Beitrag für Wirtschaftswachstum in Europa gesetzt werden. Dabei soll ein **Fokus auf Stärkefelder & Schlüsseltechnologien wie Life Science** [dazu zählen unter anderem Biologie, Pharmazie, Biomedizin oder auch Chemie], Quantentechnologie **und Künstliche Intelligenz** liegen.
- Weiterhin **konsequente Stärkung des Erfolgsprogrammes Erasmus+** durch beispielsweise eine Aufstockung der budgetären Mittel

- Wert unserer Berufsbildungsabschlüsse in ganz Europa sicherstellen
 - **Automatische Anerkennung unserer Berufsbildungsabschlüsse** (Lehre, Meister, berufsbildende Schulen) in ganz Europa
 - Der Europäische Qualifikationsrahmen [EQR] für lebenslanges Lernen soll als Ausgangslage dienen, um die beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen in Europa vergleichbarer zu machen.
- Vernetzung der besten Köpfe Europas
 - **Bündelung von Europas Spitzeneinrichtungen und Spitzenuniversitäten der Mitgliedstaaten nach Vorbild der österreichischen Exzellenzcluster:** Diese kombinieren Spitzenforschung, Nachwuchsförderung und Wissensaustausch und geben damit hunderten Forschenden die Möglichkeit, herausragende Forschungsleistungen zu erreichen.
- **Open Science vorantreiben**, um den Zugang zu Wissen und Daten für Innovation in Unternehmen zu erleichtern
- **Innovationsfreundliches Umfeld und attraktive Forschungssysteme ausbauen** und Talente fördern
 - Angemessene Regulierungen schaffen und die **Nutzung von Reallaboren erleichtern**, um beispielsweise innovative Technologien leichter zu testen und ein hohes Vertrauen in die Wissenschaft und insbesondere in digitale Skills aufzubauen
- **Stärkung der European Space Agency** zur wettbewerbsfähigen Behauptung Europas insbesondere in der Satellitenkommunikation

Ein Europa, das fit und gesund macht

Ein starker Gesundheitsstandort Europa braucht zukunftsfitte nationale Gesundheitssysteme, eine Vergemeinschaftung des Gesundheitsbereichs kommt dabei aber nicht infrage. Gut funktionierende Gesundheitseinrichtungen in der gesamten Europäischen Union verbessern Lebensqualität, gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität. Innovative Ansätze, gezielte Forschung und digitale Technologien unterstützen Qualität und Effizienz der Versorgung. Dazu möchten wir die Produktion von beispielsweise Antibiotika – am Standort Kundl in Tirol befindet sich die letzte vollständige Antibiotika- (Penicillin)-Produktionsstätte in ganz Europa – und anderen Medikamenten in Europa ausbauen.

Davon profitieren nicht nur Patientinnen und Patienten bei der Versorgung mit Medikamenten, sondern auch der Wirtschaftsstandort Österreich und Europa. Gleichzeitig müssen wir aber auch das Problem lösen, dass Ärztinnen und Ärzte nach ihrer Ausbildung in Österreich in andere Mitgliedstaaten abwandern: Internationale Studierende kommen zum Studium nach Österreich, verlassen aber nach Studienabschluss wieder unser Land. Dieses Ungleichgewicht führt in manchen Bereichen, insbesondere in Medizin, Psychologie, Zahnmedizin etc., schon heute zu ernsthaften Problemen, denen mit gesamteuropäischen Lösungen begegnet werden muss.

Europa. Aber besser:

- Die Pandemie hat Europas Schwächen zutage gefördert. Deshalb wollen wir künftig, dass sich Europa selbst mit Medikamenten und weiteren medizinisch notwendigen Produkten versorgen kann.
 - Dazu zählt beispielsweise der **Einsatz für die Beibehaltung der aktuellen Regelungen im Patentschutz**, um sicherzustellen, dass **Europa als Standort für Innovation im medizinischen Bereich attraktiv bleibt**.
- **Förderung der eHealth-Bestrebungen** im europäischen Kontext
- Debatte und Maßnahmen auf europäischer Ebene, um langfristig sicherzustellen, dass **jeder Mitgliedstaat ausreichend Ausbildungsplätze für Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung stellt, um den eigenen Bedarf decken zu können**

- Weiterhin **konsequenter Einsatz in der Krebsforschung**, um die EU zum Vorreiter im Kampf gegen Krebs zu machen. Dazu soll der europäische Krebsplan vollständig umgesetzt werden.
- **Entkoppelung der Gestaltung des Hochschulzugangs von den Regelungen des Binnenmarkts** – vor allem im Bereich der Medizinstudiengänge
 - Es muss darauf hingewirkt werden, den Hochschulzugang in Österreich bedarfsgerechter regeln zu können als entlang der „Vorgaben“ für den europäischen Binnenmarkt.
 - Dabei müssen auch österreichische Interessen im Hinblick auf die nationale Versorgungssicherheit berücksichtigt werden.

Ein Europa, das digital erfolgreich ist

Mit erfolgreicher Digitalisierung sind für ganz Europa erhebliche Wachstums-, Wohlstands- und Arbeitsplatzchancen verbunden. Im weltweiten Vergleich gibt es unterschiedliche Ansätze, wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) eingesetzt werden. Die Chancen digitaler Technologien und insbesondere Künstlicher Intelligenz müssen verantwortungsvoll und im Sinn der europäischen Werte genutzt werden. Österreich ist dabei mit seiner Servicestelle für Unternehmen, Medien sowie Bürgerinnen und Bürger für Rechtssicherheit und Anwendungskompetenz europäischer Vorreiter. Ein wichtiges Anliegen ist uns breite digitale Bildung. Sie

ermöglicht allen Menschen, von den Vorteilen der Digitalisierung zu profitieren und digitale Entwicklungen zu reflektieren. Die Digitalisierung sollte nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, sondern vielmehr Möglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen, an den Vorteilen teilzuhaben.

Wir setzen uns für einen europäischen Weg der Digitalisierung ein, der nicht durch Einflüsse von außen fremdbestimmt wird. Die europäische Zusammenarbeit u.a. für grenzüberschreitenden Datenaustausch und gemeinsame Standards für den KI-Einsatz muss daher gezielt fortgesetzt werden.

Europa. Aber besser:

- **Stärkung der Cyber- und Daten-Sicherheit** durch die Schaffung einer europäischen Bewusstseinsbildung und Förderung des internationalen Wissensaustauschs
- **Schaffung eines europäischen digitalen Systems, in welchem wir unsere Daten nach europäischen Werten schützen und nützen**
- **Digitalisierung von Unternehmen (insbesondere der KMU) weiter vorantreiben**, um sie bei der Nutzung von Daten und dem Einsatz von KI-Lösungen durch Schaffung entsprechender europäischer Programme [in Anlehnung an den Chips-Act] zu unterstützen
- **Sanktionen, einschließlich Marktausschluss, für KI-Systeme aus Drittländern, die durch ihre Gesetze ideologische Einschränkungen in Algorithmen einsetzen** und so zu massiver Desinformation beitragen können

- **Konsequente Umsetzung der digitalen Ausweise und digitalen Identitäten** in der ganzen Europäischen Union sowie nach Möglichkeit Erweiterung auf weitere Staaten unter Wahrung der Datensicherheit
 - **Erfolgsmodell der ID-Austria in allen EU-Mitgliedstaaten als Vorbild etablieren**, um europaweit einheitliche Standards bei digitalen Behördenwegen sicherzustellen
 - Einsatz für den **Abschluss von internationalen Abkommen zur weltweiten Anerkennung der europäischen digitalen Ausweise als weltweiter Standard**, insbesondere zur Anerkennung des Identitätsnachweises als weltweiter digitaler Reisepass sowie des digitalen Führerscheines als weltweit gültiger Führerschein
- **Konsequente Reduktion von Mehrfachmeldungen an öffentliche Stellen (Once-only-Prinzip)** in der gesamten EU sowie **Umsetzung der Single-Digital-Gateway-VO**, welche den einheitlichen und digitalen Zugang zu Informationen, Verfahren sowie Hilfs- und Problemlösungsdiensten ermöglicht
 - Damit können Informationen und digitale Dienste wie beispielsweise die digitale Anmeldung des Wohnsitzes oder auch die digitale Verwaltung von persönlichen Dokumenten grenzüberschreitend zugänglich gemacht werden.
- Fokus auf die **Stärkung der digitalen Kompetenzen in der Bevölkerung** und deren Ausbau
 - Schaffung eines europäischen Standards für digitale Kompetenzen, um diese messbar und vergleichbar zu machen
 - Ausbau der Förderinitiativen rund um das Thema digitale Kompetenzen
- Grundsatz **„Leaving no one behind“**
 - Im Rahmen der Digitalisierung muss sichergestellt werden – auch auf europäischer Ebene –, dass **sämtliche Angebote in den nächsten Jahren auch analog** vorhanden sind. Das umfasst unter anderem Bescheide, behördliche Informationen, Kontoauszüge, Rechnungen etc. Diese sollen auf Papier und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig soll es auch noch mindestens zehn Jahre möglich sein, Anträge und Ersuchen in Papierform zu stellen.

Für Klimaschutz mit Hausverstand

Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, die sich auch nur gemeinsam bewältigen lässt. Europa war im Jahr 1990 noch auf Platz zwei bei den weltweiten Emissionen. Heute machen die Emissionen der EU nur noch 6,67 Prozent weltweit aus, womit die Union weit hinter China, den USA oder auch Indien liegt. Dennoch können wir einen großen Beitrag für das globale Klima leisten. **Der Schlüssel für vernünftigen, wirksamen Klimaschutz sind allerdings nicht noch mehr Verbote, sondern Offenheit für Technologien und Innovationen.** Wenn Klimaschutz mit Hausverstand angegangen wird, kann er auch ein Wohlstandsgarant für Europa sein.

Die **Europäische Union soll zum führenden Hersteller von Klimaschutztechnologien der Zukunft werden.** Österreichs Umwelttechnikindustrie zeigt heute schon auf internationalen Märkten vor, welche großen Hebel Technologien und wirtschaftliche Lösungen für den Klimaschutz sein können. Europa muss auch ein internationales Vorbild sein, wie Dekarbonisierung ohne Verlust der industriellen Basis und von Wohlstand gestaltet werden kann. **Als starker Standort für Zukunftstechnologien und ihre rasche Umsetzung kann Europa beim Klimaschutz weltweit mehr bewegen und beitragen.**

Ein Europa, das nachhaltig und erfolgreich ist

Klimaschutz braucht auch auf europäischer Ebene mehr Hausverstand. Strategien und Maßnahmen müssen umweltfreundlich und wirtschaftlich sinnvoll sein. Europa soll beim Klimaschutz nicht auf Verbote und Einschränkungen, sondern auf Innovationskraft und machbare Lösungen setzen. Dazu zählen unter anderem der Ausbau von erneuerbaren Energien und die Weiterentwicklung

von nachhaltigen Mobilitätslösungen. Anreize für umweltfreundliche Innovationen müssen forciert und die Kreislaufwirtschaft gefördert werden. Nur wenn Europa bei Nachhaltigkeit und Wirtschaftskraft erfolgreich ist, kann Europa auch weltweit als Vorbild für erfolgreiche Transformation wirken. Dabei werden wir unsere Position zu Atomkraft beibehalten.

Europa. Aber besser:

- Förderung von klimafreundlicher Produktion durch **Anstoß und Aufbau von Märkten für nachhaltige Produkte sowie Schaffung von Rahmenbedingungen auf EU-Ebene**
- **Konsequenter Einsatz für Klimaneutralität auf globaler Ebene**
 - Gleichzeitig müssen Maßnahmen wirtschaftsfreundlicher gestaltet werden, durch eine **weltweit einheitliche CO₂-Bepreisung** [zumindest auf WTO-Ebene], um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.
- **Transporte aus Drittstaaten an den EU-Außengrenzen auf CO₂-arme bzw. -neutrale Verkehrsträger verlagern**
 - Abbau von Bürokratie im Schienenverkehr
 - Vereinheitlichung der Stromsysteme der Bahnen
 - Wegfall der vielen wettbewerbsschädigenden Schutzbestimmungen der einzelnen Staatsbahnen
- **Förderung von Wasserstoff und Energiepartnerschaften im Wasserstoff-Bereich** sowie konsequente **Umsetzung der EU-Wasserstoff-Strategie**
- Fortführung der europäischen Bestrebungen hinsichtlich des **Einsatzes von Carbon Capture and Storage [CCS] und Carbon Capture and Utilization [CCU] Technologien**, um durch die **Abschneidung und Speicherung von Kohlendioxid die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre zu verringern** und damit einen wichtigen Beitrag zu mehr Umwelt- und Klimaschutz zu leisten

Ein Europa, das offen für die Zukunft ist

Weltweit erfolgreiche europäische Klimapolitik erfordert die Förderung von Innovationen und Technologien. Sie sind der stärkste Hebel für Dekarbonisierung und Energiewende. Dabei müssen wir neuen und innovativen Ideen offen begegnen und Raum für Neues schaffen, anstatt den vermeintlich leichten Weg über Verbote zu gehen. Die gezielte Beforschung und Implementierung

von nachhaltigen Technologien fördert nicht nur eine klimaneutrale Zukunft, sondern schafft neue wirtschaftliche Chancen. Europa braucht eine Kultur der Technologieoffenheit und eine bessere Förderung von Zukunftstechnologien, die das Klima schützen und unserem Wohlstand nützen. Investitionen in Zukunftstechnologien müssen durch Anreize unterstützt werden.

Europa. Aber besser:

- **Schaffung eines europäischen Reallabor-Rahmengesetzes**, um die Weiterentwicklung innovativer Technologien in einem geschützten rechtlichen Rahmen erproben zu können
- **Ausbau der Finanzierungs- und Förderformen für agrarische Grundlagenforschung sowie für innovative Produktentwicklung** (beispielsweise durch das Horizon-Forschungsprogramm)
- **Schnellere Zulassungsverfahren für neue Technologien**, welche nach europäischen Standards erforscht und entwickelt wurden
- **Neue Investitionsschutzabkommen für den Schutz innereuropäischer Investoren** als Nachfolger der auslaufenden Investitionsschutzabkommen

Für unser europäisches Lebensmodell, das unsere Werte verteidigt

Unser europäisches Lebensmodell beruht auf den Grundwerten der Freiheit und der Menschenwürde. Es ist geprägt von jüdisch-christlichen Wurzeln, der Aufklärung und dem Bekenntnis zu Toleranz, Gleichheit, Solidarität und Respekt. **Wer nach Europa kommt und von diesem Lebensmodell profitieren will, muss auch diese Werte akzeptieren.** Unser Europa muss gerade heute ein Ort der Freiheit und Demokratie bleiben – und daher seine Grundwerte schützen und sichern. Das bedeutet auch, dass wir diese **Grundwerte in der gesamten Welt verteidigen** müssen. Wir treten konsequent gegen die Christenverfolgung auf – aktuell sind weltweit fast 400 Millionen Christinnen und Christen Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt – und werden diese niemals akzeptieren.

Unser europäisches Lebensmodell bedeutet, ein **gemeinsames und starkes Europa, welches sich auf Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie gründet und den Leistungsgedanken sowie Wohlstand fördert.** Dieses Lebensmodell ist Ausdruck unserer gemeinsamen Identität und unverzichtbare Basis für Frieden, Stabilität und Wohlstand in Europa. Unverzichtbarer Teil unseres Lebensmodells ist auch die Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Sie ist ein europäischer Wert und muss weiter gestärkt werden. Frauen sollen dabei in sämtlichen Bereichen wie im Arbeits-

markt, aber auch in der Forschung oder in Spitzenpositionen gestärkt werden.

Wir leben den europäischen Gedanken. Dazu gehört vor allem auch, die Vielfalt unserer Union anzuerkennen und aktiv mitzugestalten. Europa war und ist ein Kontinent der Vielfalt. **Gewachsene nationalstaatliche und kulturelle Eigenheiten sind Teil unserer Identität.** Das wissen wir als Kulturnation Österreich besonders zu schätzen. Wir wollen sie nicht vereinheitlichen, sondern der Vielfalt Europa den nötigen Raum geben. Das bedeutet aber auch, dass es für uns in Europa **keinen Platz für radikale Tendenzen** geben darf, **die unser Lebensmodell existenziell infrage stellen** – egal, aus welchem Spektrum diese kommen. Es bedarf einer konsequenten Aufklärung und braucht einen Fokus auf die Millionen Opfer, die der Links- und Rechtsextremismus beziehungsweise der Nationalsozialismus und der Kommunismus in der Vergangenheit verursacht haben.

Europäische Werte sollen auch in einem wettbewerbs- und zukunftsfähigen europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell deutlich werden. **Wir verstehen die ökosoziale Marktwirtschaft auch als mögliches Ordnungsmodell für Europa, das uns im Wettbewerb mit den USA und China weiterbringt** – und uns hilft, breiten Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit zu verbinden.

Ein Europa für die Demokratie

Nachdem demokratische Systeme zunehmend unter Druck geraten und weltweit die Anzahl der demokratischen Länder zurückgeht, ist es unsere Verantwortung in Europa, demokratiefeindlichen Entwicklungen entschieden entgegenzutreten. Die Europäische Union ist ein einzigartiges demokratisches Vorzeigeprojekt, das es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt. Die Demokratie

in Europa soll daher gestärkt werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Union sind das Fundament der Europäischen Union. Die Europäische Union muss stärker auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger eingehen. Das erhöht auch die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, die Zukunft der Europäischen Union aktiv mitzugestalten.

Europa. Aber besser:

- **Beibehaltung der Einstimmigkeit** in Bereichen wie beispielsweise dem Sicherheits-, Sanktions-, Steuer-, Finanz-, Erweiterungsbereich sowie der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik
- **Kommission** wieder verstärkt als **Hüterin der Verträge** sehen
 - Das bedeutet insbesondere eine **Reduktion der sogenannten Delegierten-Rechtsakte**. Diese sind für technische Anpassungen gedacht, mittlerweile regelt die Kommission damit zu viele Bereiche selbst.

Ein Europa, das den Rechtsstaat schützt

Rechtsstaatlichkeit ist ein Grundwert der EU – und Grundlage für eine funktionierende liberale Demokratie. Europa braucht klare, transparente Regeln, die europäische Interessen sowie die Bürgerinnen und Bürger schützen. Die Rechtsprechung spielt dabei eine besondere Rolle. Die europäischen Gerichte sollen ihre Rolle als Hüter des

Rechts wahrnehmen, ohne jedoch politische Entscheidungen der Nationalstaaten zu ersetzen. Für uns ist klar, dass die Rechtsstaatlichkeit und ihre Grundprinzipien auf europäischer Ebene gewahrt werden müssen. Es braucht auch in Europa eine klare Trennung zwischen Recht und Politik.

Europa. Aber besser:

- **Artikel 7 neu denken**, um endlose und zahnlose Verfahren zu vermeiden
 - o Das bedeutet, dass bei Verletzungen von Rechtsstaatlichkeitsprinzipien oder EU-Grundwerten durch einen Mitgliedsstaat nicht nur ein Verfahren eingeleitet werden soll, sondern auch **klare und vorab festgelegte Rahmenbedingungen** definiert werden müssen.
- Schutz des EU-Haushaltes durch **Stärkung des Konditionalitätsmechanismus**
 - o Der Konditionalitätsmechanismus der EU sanktioniert Mitgliedstaaten, die Rechtsstaatlichkeitsprinzipien verletzen, indem sie weniger EU-Gelder erhalten.
 - o Ziel ist der **Schutz des EU-Budgets durch die Bindung finanzieller Mittel an die Einhaltung dieser Prinzipien**.
 - o Zukünftig soll der **Mechanismus direkt in den EU-Verträgen verankert** werden, um seine Stärkung zu gewährleisten.

Ein Europa, das Frauen vor Gewalt schützt

Die Zahlen zur Gewalt gegen Frauen im Alltag sind alarmierend: Jede zweite Frau hat bereits eine Form der sexuellen Belästigung erlebt. Frauen sollen in ganz Europa ohne Angst vor jeglicher Form von Gewalt leben können. Österreich hat im Gewaltschutz bereits umfassende Budgetaufstockungen vorgenommen sowie einen Fokus auf Gewaltprävention und Schutz von Frauen vor Gewalt gelegt. Es braucht auch auf europäischer Ebene einen verstärkten Einsatz gegen Gewalt an Frauen. Der Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention war dabei bereits ein Meilenstein. Keine Frau sollte Angst haben müs-

sen, sich nicht frei auf der Straße bewegen zu dürfen oder jegliche Form von Missbrauch in ihrem Privat- oder Berufsleben ertragen zu müssen. Zwangsheirat, weibliche Genitalverstümmelung und jede andere Form von Gewalt gegen Frauen unter religiösem oder kulturellem Deckmantel dürfen nicht toleriert, sondern müssen konsequent bekämpft werden. Gewalt hat viele Formen. Von der häuslichen Gewalt bis zur Gewalt im öffentlichen Raum und zum Menschenhandel braucht es daher einen verstärkten Schutz in allen Mitgliedstaaten.

Europa. Aber besser:

- Schaffung einer **Europol-Sondereinheit zur Bekämpfung von illegaler Prostitution sowie Frauen- und Mädchenhandel**
- Konsequente **Bekämpfung von Menschenhandel sowie Zwangsprostitution und „Modern Slavery“**
- **Weltweiter Einsatz der EU zum Schutz von Frauen vor Gewalt**
 - o Dazu zählt insbesondere **der Schutz vor häuslicher Gewalt, Gewalt in bewaffneten Konflikten und ehrkultureller Gewalt**
 - o Der Maßstab dabei sind Gewaltschutz und das Rechtssystem, niemals Ehre und Schande.

Ein Europa, das Familien stärkt und Kinder schützt

Starke intakte Familien bedeuten gute Zukunftschancen für unsere Kinder und sind für uns integraler Teil des europäischen Lebensmodells. In den Familien wird das Miteinander und die Solidarität gelebt und erlernt. Familien vermitteln die Werte, auf die es für unser Zusammenleben mehr denn je ankommt. In der EU hat im Durchschnitt nur mehr einer von vier Haushalten Kinder. Europa soll den Wert der Familie fördern und Menschen dazu ermutigen, eine Familie zu gründen. In einem demografisch alternenden Europa ist der Zusammenhalt der Generationen besonders wichtig. Unser Europa soll allen Generationen gute und faire Lebenschancen bieten – und niemanden

am Weg in die Zukunft zurücklassen. Kinder verdienen unseren besonderen Schutz, insbesondere mit Blick auf die Gefahren der Online-Welt. Europa muss mehr denn je Maß an ihrer Zukunft nehmen. Die Ausgestaltung der Familienpolitik soll – wie die Sozialpolitik – im Sinn des Subsidiaritätsprinzips weiter in der Verantwortung der Nationalstaaten bleiben. Die EU-Mitglieder sollen nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten und Ziele Familien unterstützen und auf konkrete Herausforderungen die richtigen Antworten geben können. Im Sinne des internationalen Jahres der Familie wollen wir, dass Europa der familienfreundlichste Kontinent weltweit wird.

Europa. Aber besser:

- Der **Vorrang der EU als Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft vor zusätzlichen europaweiten einheitlichen Regelungen, insbesondere im Sozialbereich**, muss gewahrt bleiben.
- **Europaweites Verbot der Leihmutterschaft**
- Verstärkter **Schutz von Kindern vor Cybermobbing und Grooming im Netz**

Für spürbare Bürgernähe

Damit sich Europa bürgernäher weiterentwickeln kann, ist zuallererst eine **Stärkung des Subsidiaritätsprinzips** notwendig: **Wo Dinge besser in den Regionen geregelt werden können, soll die EU nicht eingreifen. Europa soll sich auf große, übergeordnete Themen konzentrieren, bei denen eine gemeinsame Herangehensweise sinnvoll und notwendig ist.**

Europa spielt für unsere Regionen eine große Rolle: Viele Projekte sind ohne EU-Unterstützung nicht möglich. Das soll auch immer sichtbar sein. Für eine bürgernahe EU spielen auch die Medien eine wichtige Rolle: Je besser und objektiver sie Menschen über europäische Zusammenhänge informieren, desto fundierter ist die Auseinandersetzung mit Europa und seiner Zukunft.

Ein Europa, das Subsidiarität lebt

Subsidiarität ist die Grundlage für eine effiziente und bürgernahe Europäische Union. Das Prinzip der Subsidiarität bedeutet, dass Problemlösung dort erfolgen soll, wo dies effektiv und bürgernahe gewährleistet werden kann – in den Mitgliedstaaten selbst. Die Union soll Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit geben. Nicht jedes Problem ist ein Problem, das die EU lösen muss

oder soll. Das bedeutet auch, dass die in den Verträgen verankerte Kompetenzverteilung wieder verstärkt eingehalten werden soll und die Kompetenzen, die den Mitgliedstaaten obliegen, wieder mehr respektiert werden müssen. Eine auf Subsidiarität basierende Entscheidungsstruktur stärkt auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union.

Europa. Aber besser:

- **Festhalten an Zuständigkeit der Mitgliedstaaten insbesondere bei Sozial- und Familienpolitik sowie im Gesundheitsbereich**
- **Keine Sozialunion**, sondern Erhalt der EU als Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft
 - o Das bedeutet, dass wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Mitgliedstaaten für ihre Sozialsysteme selbst verantwortlich sein sollen.
- **Europaweiter Abbau von Bürokratie im Arbeitsrecht**, insbesondere bei Berichtspflichten

Ein Europa, das für alle Generationen da ist

Europa soll für alle Generationen attraktive Lebenschancen bieten – sowohl für jüngere Menschen, als auch für die ältere Generation. Bildungsmaßnahmen und die Förderung von Austauschprogrammen sind dabei ebenso wichtig wie attraktive Arbeitsplätze und faire Chancen. Für die ältere Generation ist die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben durch freiwilliges Engagement,

lebenslanges Lernen oder die Förderung von generationsübergreifendem Austausch von großer Bedeutung. In einem Europa für alle Generationen muss der Austausch von Wissen, Erfahrung und Ideen besonders gefördert werden, damit jede Generation ihre Stärken entfalten kann. Jede Altersgruppe soll sich in Europa repräsentiert, geschätzt und unterstützt fühlen.

Europa. Aber besser:

- **Jugendcheck für EU-Gesetze**, um die Union auch fit für nachfolgende Generationen zu machen
- **Keine Einschränkungen der Souveränität der Mitgliedstaaten bei der Bargeldverteilung sowie der Bargeldannahme**
- Weiterhin **konsequentes Bekenntnis gegen Altersdiskriminierung**, insbesondere beim Führerschein oder bei Kreditvergaben

Ein Europa, das die Regionen stärkt

Europas Vielfalt wird maßgeblich durch seine vielfältigen Regionen geprägt. Der europäische Tourismus ist dabei ein maßgebliches Aushängeschild für Europas Reputation und seine Lebensqualität weltweit. Vielfalt und Eigenständigkeit der Regionen müssen gefördert werden, um die Potenziale jeder Region zu stärken. Hierbei sind Fördermaßnahmen der EU ein entscheidender Faktor für die Entwicklung unserer ländlichen Regionen – vom Infrastrukturausbau bis hin zum

Erhalt des Alpen Raums. Die Förderung der Regionalentwicklung ist angewandte Subsidiarität. Die Regionen wissen am besten, was es braucht, um sich entwickeln und entfalten zu können. In Europa sollen mehr Entscheidungen auf regionaler Ebene getroffen werden können, um lokalen Herausforderungen und Gegebenheiten besser zu entsprechen. Das stärkt nicht nur die Regionen, sondern auch eine effiziente und bürgernahe Entscheidungsfindung.

Europa. Aber besser:

- **Stärkung der ländlichen Gebiete und Steigerung der europäischen Investments im Bereich 5G- und 6G-Ausbau sowie der Ausstattung mit schnellen Glasfaserleitungen**
- **Vernetzung der Europa-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments**
 - o Österreichs Projekt der Europa-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte soll als Vorbild für andere Mitgliedstaaten dienen, um Gemeinden stärker mit der EU zu identifizieren.
- **Stärkung des Ausschusses der Regionen**, welcher die Regionen und Städte in der Europäischen Union vertritt und neue Rechtsvorschriften auf ihre Auswirkungen auf Regionen und Städte bewertet
- **Sämtliche Fördermaßnahmen für den Infrastrukturausbau in unseren Gemeinden sichtbar machen**
 - o Aktuelle Förderprogramme sind oftmals nicht klar genug erkenntlich und sollen leichter verständlich und übersichtlicher gestaltet werden.
- **Stärkere Förderung von grenzüberschreitenden Projekten sowie Kooperationen**

Die **Volkspartei**

Österreichische Volkspartei
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

